

Zukunftschancen der Jugend sichern

Die Ergebnisse des Hamburger Kongresses

„Wir veranstalten diesen Kongreß, um zusammen mit Experten in einem größeren Kreis unserer Partei den gesamten Themenkomplex einmal in seinem Zusammenhang zu erörtern. Es hat sich in all unseren bisherigen Arbeiten und Diskussionen gezeigt, daß die Bildungs- und Berufsprobleme unserer Jugend einen engen Zusammenhang aufweisen mit Fragen der Bevölkerungsentwicklung, der Familien-, Jugend- und Sozialpolitik. Dieser Zusammenhang ist zu berücksichtigen, damit das Programm, das wir uns zum Ziel gesetzt haben, eine Chance bekommt, verwirklicht zu werden.“

Dies erklärte Helmut Kohl in seiner Eröffnungsrede zum Kongreß „Zukunftschancen der Jugend“ am 21./22. Oktober 1977 in Hamburg. Zu den Problemen, die sich stellen und die es zu lösen gilt, führte der Parteivorsitzende unter anderem aus:

„Dies ist eines der ganz großen politischen Themen der kommenden 10 bis 15 Jahre.

Es ist richtig und notwendig, daß wir uns bei diesem Kongreß und in dem anschließend zu formulierenden Programm vorrangig mit den materiellen Voraussetzungen befassen, die geschaffen werden müssen, damit die junge Generation, damit alle jungen Menschen wieder realisierbare Zukunftschancen vorfinden.

Es wäre aber eine verkürzte, geradezu armselige Lebensauffassung, wenn wir die Zukunftschancen der jungen Generation ausschließlich unter ihrem materiellen Aspekt betrachten würden.

Ausbildung, Beruf und Einkommen sind entscheidende Grundlagen menschlicher Existenz, aber auch nicht mehr: Sie geben dieser Existenz noch keinen Sinn, sie füllen sie nicht aus.

Es ist notwendig daran zu erinnern, denn allzu häufig wurde die politische Diskussion von materialistischen Denkansätzen beherrscht. Alles schien machbar, herstellbar und zuteilbar: auch menschliches Glück. Die Vergesellschaftung des Staates in der sozialistischen Ideologie macht den Staat und die Politik zu Garanten auch des menschlichen Glücks. Staat und Politik sollen ihm nicht nur Raum schaffen, sondern sie sollen es herstellen.

Dieses Konzept hatte zwangsläufig zur Folge, daß die politische Vorstellung von Sinnerfüllung, Glück und Selbstverwirklichung reduziert wurde auf Dinge, die vom Staat und mit den Mitteln der Politik zuteilbar, herzustellen oder verteilbar sind. Und das sind eben nur solche Güter, deren Wert — zumindest aber deren Herstellungswert — in Geld zu messen ist. Verteilungsprobleme aber sind diejenigen, um die zwischen Menschen am härtesten und zähesten gerungen wird. Wo Verteilungskämpfe zum zentralen Thema der politischen Auseinandersetzung gemacht werden, nehmen sie alle politischen Kräfte für eine unabsehbare Zeit in Anspruch.

Dem müssen wir christliche Demokraten entgegentreten.

Wir dürfen es nicht zulassen, daß sich die politische Auseinandersetzung nur noch um die Entscheidung über die Verfügung oder Verteilung geldwerter Güter dreht.

Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß Politik nicht nur für die Dinge verantwortlich ist, die sich mit mehr Staat, mehr Steuern, mit Geld, Gesetzen und Organisationen herstellen lassen.

Politik ist auch dafür verantwortlich, daß es in unserem Land möglich ist, frei und eigenverantwortlich ein sinnerfülltes Leben zu führen. Dazu brauchen wir nicht mehr Staat, sondern weniger Staat, dazu brauchen wir weder mehr Geld, noch mehr Gesetze, noch mehr Beamte.

Dazu brauchen wir statt dessen ein geistig-moralisches Klima, in dem Werte wieder etwas gelten. Wir brauchen den Konsens, daß Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit nicht nur als Anspruch, sondern auch als Auftrag und Pflicht wieder Maßstab und Orientierung für individuelles und gemeinschaftliches Handeln sind.

Wir brauchen Chancen für unsere junge Generation, die nicht eingeengt sind auf den ökonomisch-beruflichen Bereich, sondern die auch im sozialen, religiösen und kulturellen Bereich wieder mehr Freiräume schaffen für privates Tun.

Wir können unserer Jugend keine neue Gesellschaft mit ganz neuen Idealen, neuen Zielen und neuen Formen des Zusammenlebens versprechen. Ihre Zukunftschancen, ihre Aufgaben und ihre Sinnerfüllung muß sie in dieser Gesellschaft finden.

Wir müssen deshalb der jungen Generation sagen,

— daß es sich in dieser Gesellschaft, so wie sie ist, und wie wir sie mit der Jugend gemeinsam gestalten können, zu leben lohnt,

— daß dieses Land und dieser Staat ihr Engagement verdient,

— daß Leistung, Individualität und Selbständigkeit notwendiger sind denn je,

— daß Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit noch immer gültige Grundwerte sind, die auch von den jungen Menschen als Herausforderung und persönliche Aufgabe verstanden werden sollten.

All dies können wir der jungen Generation mit Überzeugung sagen, weil wir zu der Politik der letzten acht Jahre eine bessere Alternative haben.

Diese Alternative

— ist besser, weil sie den Menschen und nicht das Kollektiv in den Mittelpunkt der Politik stellt,

— sie ist besser, weil sie auf Bewährtes aufbaut, es behält und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft nicht an ideologischen Utopien, sondern an den realen Notwendigkeiten orientiert.

— Sie ist besser, weil sie der Kraft, Initiative und dem Gemeinsinn der Bürger vertraut und ihrer individuellen Leistung wieder breiteren Raum schafft.

— Und sie ist vor allem deshalb besser, weil sie die Grenzen von Staat und Politik kennt.

Von diesen Grundsätzen werden wir uns auch bei der Ausarbeitung des Programms ‚Zukunftschancen der jungen Generation‘ leiten lassen, wenn es um Lösungen für die materiellen Probleme unserer Jugend geht.

Es wäre grundfalsch, wenn man etwa versuchen würde, die Jugendarbeitslosigkeit, den Numerus clausus, die Akademikerarbeitslosigkeit oder den Lehrstellenmangel allein mit mehr Geld und mehr Staat in den Griff zu bekommen.

Denn die unmäßige Verabreichung dieses sozialistischen Alleinheilmittels wird mit steigender Dosis zu Gift.

Wir werden diesen Fehler nicht machen.

Wir wissen, daß die Jugendarbeitslosigkeit nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Beschäftigungslage zu überwinden ist. Wenn unsere Wirtschaft wieder Tritt faßt, wenn Vertrauen in die politische und wirtschaftliche Zukunft besteht, wenn die Unternehmen wieder investieren, dann gibt es genug Arbeit.

Im Vorfeld einer allgemeinen wirtschaftlichen Wiederbelebung helfen uns nur differenzierte Lösungen weiter, die die Probleme dort anpacken, wo sie in Fehlern einer unseriösen Bildungs- und Wirtschaftspolitik ihre Ursachen haben.“

„Arbeitsmarkt — Sackgasse für die junge Generation?“

Auf diese Frage eine Antwort zu geben, war Aufgabe des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stigl. In seiner Rede bei der Eröffnungsveranstaltung des Kongresses führte er unter anderem aus:

„Meine Ausführungen haben wohl deutlich werden lassen, daß wir mit Fragen der Ausbildung und Beschäftigung der jungen Generation nicht vor einer Sackgasse, wohl aber vor vielen Engstellen stehen. Die Ursachen dafür liegen in erster Linie in einer noch immer schlechten Konjunktur und in der Bevölkerungsentwicklung. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit auch der Jugendlichen kann sich entscheidend nur bessern durch stärkeres Wirtschaftswachstum. Die Arbeitsmarktpolitik kann durch entsprechende Maßnahmen lediglich beitragen, den Schwierigkeiten die Spitze abzubreaken. Zu diesen Maßnahmen gehört nicht zuletzt das Angebot beruflicher Bildung. Um die großen Schwierigkeiten auf dem Ausbildungssektor in den nächsten zehn Jahren bewältigen zu können, bedarf es überdurchschnittlicher Anstrengungen der Bildungspolitik, wobei ich etwa an ein 10. Schuljahr, das Berufsgrundbildungsjahr und dergleichen denke. Vor allem aber ist die Wirtschaft, sind Handwerk und Industrie und nicht zuletzt die öffentliche Hand aufgerufen, die nötigen Ausbildungskapazitäten bereitzustellen.

Als weitere wesentliche Voraussetzung betrachte ich eine konstruktive Familienpolitik. Eine solche muß es den Familien ermöglichen, sich eigenständig, nicht von der Gesellschaft übertragen, um ein fruchtbares Zusammenwirken von Schule und Elternhaus zu mühen und zu bemühen. Die Formel hat auch hier ihre Gültigkeit: ‚Heile Gesellschaft — heile Familie.‘ Die eingangs erwähnte Verantwortung der Familie, der Eltern und ihrer Kinder erfordert dann auch, daß man sich der vorhandenen Einrichtungen wie der Berufsberatung bedient, wo von fachkundigen Beratern Eignung, Neigung und Marktchancen gegeneinander abgewogen werden können. So sehr man von den jungen Menschen fordern muß, sich nicht unbedingt an einem Traumberuf festzubeißen, sondern die Augen aufzumachen und sich elastisch anzupassen, so darf die Berufswahl der Kinder nicht vom Ehrgeiz der Eltern diktiert sein oder gar interessen-

los den Kindern selbst überlassen bleiben. Es gibt ja leider auch die Fälle, wo Eltern glauben, sich mit dem Taschengeld von aller Verantwortlichkeit loskaufen zu können.

Ich wiederhole meine Aussage vom Anfang: Die Fragen der Ausbildung und Beschäftigung der jungen Generation gehen viele an. Sie verlangen besonders in den kommenden Jahren außergewöhnliche Anstrengungen; denn die starken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren aus der Schule in das Berufsleben eintreten, dürfen nicht zu einer Generation der Chancengeminderten werden.“

Forschungs- und Zukunftsinvestitionen für die Arbeitsplätze und den Wohlstand von morgen

In der Abendveranstaltung des Kongresses wurden in einer Podiumsdiskussion, an der Dr. Norbert Blüm, Dr. Nikolaus Fasolt, Prof. Dr. Kurt Hansen, Michael Jungblut, Minister Prof. Dr. Eduard Pestel und Dr. Peter G. Rogge (Prognos AG, Basel) unter der Diskussionsleitung des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf teilnahmen, die Zusammenhänge zwischen Forschung, Investitionen, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzsicherung erörtert. In seiner Rede, die diese Veranstaltung einleitete, erklärte der stellvertretende CDU-Vorsitzende, Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, unter anderem:

„Der Forschung muß in der Bundesrepublik Deutschland wieder der hohe Rang eingeräumt werden, der ihr zukommt. Dazu gehört,

— der Öffentlichkeit klarzumachen, daß die Forschung für die Zukunft unseres Volkes von lebenswichtiger Bedeutung ist,

— bei den Haushaltsentscheidungen von Bund und Ländern für die kommenden Jahre der Priorität der Forschung durch eine überproportionale Steigerung der Haushalte der Forschungseinrichtungen gerecht zu werden,

— die Freiheit der Forschung zu sichern und Eingriffe des Bundes in die freie Forschungstätigkeit der Forschungsinstitute abzuwehren. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die in gesicherter und freier Selbstverwaltung die Forschung in den Hochschulen fördert, darf nicht zugunsten von Projektförderung des Bundesforschungsministeriums vernachlässigt werden.

Um die von der SPD/FDP-Koalition 1969 angekündigten kostspieligen Reformen — insbesondere im Bildungs- und Gesundheitsbereich — finanzieren zu können, wurden die Staatsausgaben bereits in den Boomjahren erhöht. Bei der hohen Auslastung der Produktionskapazitäten mußte es zu Überhitzungserscheinungen und beschleunigtem Preisanstieg kommen. Die Überforderung der öffentlichen Haushalte hatte zur Folge, daß die finanziellen Spielräume für eine erfolgreiche Konjunkturpolitik in der Rezession nicht ausreichten. Das Treibenlassen der Inflation, die hierdurch bedingten hohen Lohnabschlüsse, der Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise verschlechterten die Kostensituation der Unternehmen nachhaltig. Sinkende Erträge und ungünstige Ertragserwartungen der Unternehmen sind wesentliche Ursachen für die Investitions- und Beschäftigungskrise.

In unserem Konzept und unseren Vorschlägen zu ihrer Überwindung, die im wesentlichen seit 1974/75 wiederholt vorgebracht und weitgehend von SPD/FDP zurückgewiesen wurde, streben wir vorrangig an:

1. Der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt darf nicht weiter erhöht werden. Arbeitnehmer, Verbraucher und Wirtschaft müssen die Gewißheit erhalten, nicht durch Steuererhöhungen und zusätzliche Abgaben weiter belastet zu werden.

2. Die Investitionsfähigkeit und -bereitschaft der deutschen Wirtschaft muß durch ein wirksames Steuerentlastungsprogramm gestärkt werden. Dazu gehört die Verbesserung der degressiven Abschreibung und die ausgewogene Senkung der ertragsunabhängigen Steuern. Davon kann nach den steuerpolitischen Auseinandersetzungen und Beschlüssen dieses Jahres nunmehr wenigstens ein Teil, wenn auch sehr verspätet, verwirklicht werden.
3. Die öffentlichen Investitionen müssen langfristig und gleichmäßig erhöht werden. Der hierfür erforderliche finanzielle Spielraum erfordert ein rigoroses Durchforsten der staatlichen Ausgaben im Personal-, Verwaltungs- und Leistungssektor sowie verstärkte Bemühungen um eine Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung.
4. Das Wachstum der Sozialausgaben muß dem allgemeinen Wachstum angepaßt werden. Der einzige wesentliche neue Schwerpunkt sollte hier die seit langem vernachlässigte Familienpolitik sein.
5. Die Verpflichtungen des Stabilitätsgesetzes müssen von Bundesregierung und Tarifpartnern angesichts der gemeinsamen Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung ernster genommen werden. Der Verteilungskampf darf die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze nicht gefährden.
6. Durch eine betrieblich und tarifvertraglich zu vereinbarenden Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn und Kapital der Unternehmen könnte ein wesentlicher Beitrag für die Stärkung der Eigenkapital- und Investitionskraft unserer Wirtschaft und zugleich zur Entschärfung von Verteilungskämpfen geleistet werden.
7. Die Möglichkeiten von Existenzneugründungen müssen durch Erleichterung der Kapitalbeschaffung (zinsgünstige Darlehen für mittelständische Betriebsneugründungen, Übernahme von Bürgschaften, Kapitalbeteiligungsgesellschaften) verbessert werden.
8. Alle Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften bedürfen dringend einer Überprüfung, inwieweit Investitionshemmnisse abgebaut werden können.
9. Auch an sich sicherlich berechnete Vorschriften und Vorschläge für verbesserten Umweltschutz einerseits und gesicherte Beteiligungs- und Einspruchrechte von Bürgern bei geplanten öffentlichen und privaten Investitionen andererseits müssen in Einklang gebracht werden mit dem technisch und ökonomisch Machbaren und gesellschaftspolitisch — angesichts hoher Arbeitslosigkeit und zu geringer gesamtwirtschaftlicher Investitionen — heute Verantwortbaren.“

Arbeitskreis I

„Ausbildung und Arbeitsmarkt“

Mit den Problemen der Koordination zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt befaßte sich der Arbeitskreis I unter Leitung von Anton Pfeifer, MdB. Als Berichterstatterin verwies Frau Dr. Dorothee Wilms, MdB, unter anderem auf folgende Diskussionsergebnisse:

„Die Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation kann nicht allein über das Ausbildungssystem, sondern muß vor allem im Beschäftigungssystem gelöst werden. Die Verbesserung der Beschäftigungslage ist deshalb die entscheidende politische Aufgabe der nächsten Jahre.

Angesichts der tiefgreifenden technischen und sozialen Entwicklung können die Zukunftschancen der Jugend nur durch eine breite und qualifizierte Ausbildung einerseits und eine enger

aufeinander abgestimmte Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik andererseits gesichert werden. Jedem einzelnen die bestmögliche, d. h. die seiner Begabung, Neigung und Leistungsbereitschaft entsprechenden Qualifikationen zu vermitteln, ist das Ziel der Bildungspolitik der Union. Bestmögliche Qualifikation bedeutet nicht in jedem Fall eine Ausbildung über Abitur und Studium, sondern kann für viele Lebensbereiche mindestens ebenso im beruflichen Bildungswesen vermittelt werden. Neuerdings zur Rechtfertigung überhöhter Abiturientenquoten verwendete Schlagworte wie: 'Überqualifikation ist besser als Unterqualifikation', lenken vom eigentlichen Problem ab. In der Bildungspolitik geht es darum, 'Fehlqualifikationen' zu vermeiden und statt dessen die dem jeweiligen Lebens- und Berufsziel angemessene allgemeine und berufliche Bildung zu vermitteln.

Aus diesem Grunde war die von der Bundesregierung vor allem im Bildungsbericht 1970 betonte Überbewertung der akademischen Ausbildung falsch, ebenso falsch wie heute eine Politik der undifferenzierten Öffnung der Hochschulen für die kommenden Jahre. Den jungen Menschen in unserem Lande ist nicht damit geholfen, daß ihnen immer mehr Studienplätze angeboten werden, wenn eine Übernahme in erwartete berufliche Positionen immer fraglicher wird. Unsere Aufgabe ist es, den jungen Menschen Ausbildungsgänge auf allen Qualifikations- und Fachebenen anzubieten, an deren Ende eine für sie realistischere Berufschance steht.

Die CDU wird deshalb eine differenzierte Öffnung des Bildungswesens insgesamt durchzusetzen versuchen. Voraussetzung dafür ist, daß jeder, der einen beruflichen Ausbildungsgang durchlaufen hat, im Berufsleben Aufstiegschancen findet, ohne gezwungen zu sein, den langen Weg über Abitur und Studium zu nehmen. Deshalb sind wir

- für den Ausbau des dualen Bildungssystems
- für attraktive Alternativen zum Hochschulstudium
- für die Entwicklung eines umfassenden Systems der Weiterbildung
- für die Ergänzung der Durchlässigkeit im Bildungswesen durch größere Durchlässigkeit in den Berufs- und Laufbahnstrukturen.

Über einen stärkeren Praxisbezug in allen Bildungsgängen muß das Bildungswesen flexibler ausgestaltet und damit anpassungsfähiger an das Beschäftigungswesen werden."

Arbeitskreis II

„Mehr Chancen durch ein begabungsgerechteres Schulsystem“

Über die Ergebnisse dieses Arbeitskreises, der vom bildungspolitischen Sprecher der hessischen CDU, Bürgermeister Bernhard Sälzer, geleitet wurde, erklärte der niedersächsische Kultusminister Dr. Werner Remmers in seinem Arbeitskreisbericht:

„Das Bildungssystem ist besonders deshalb sehr leicht dem Mißbrauch ausgesetzt, weil durchgeführte Maßnahmen erst über einen Zeitraum von zehn Jahren hinsichtlich ihrer Ergebnisse überprüft werden können. Deshalb ist es notwendig, schulische Reformen sehr behutsam durchzuführen. Wichtig ist auch, daß man sich von den pädagogischen Zielen leiten läßt und nicht andere sich aus der aktuellen Situation ergebenden Probleme mit Hilfe des Bildungssystems zu lösen versucht.

Der Arbeitskreis sprach sich eindeutig für das gegliederte Schulsystem aus, weil es sich als außerordentlich entwicklungsfähig erwiesen hat. Insbesondere könne so am ehesten für die Jugendlichen ein ihren jeweiligen Begabungen entsprechendes Bildungsangebot verwirklicht

werden. In der Diskussion wurden die noch vorhandenen Defizite dieses Schulsystems nicht verschwiegen.

Der Arbeitskreis wandte sich mit Entschiedenheit gegen die zwangsweise Einführung der integrierten Gesamtschule. Die bisherigen Versuche mit den integrierten Gesamtschulen haben nicht den Beweis erbracht, daß sie besser als das weiterentwickelte gegliederte Schulwesen den Schülern ein begabungsgerechtes Angebot machen können. Der Arbeitskreis wandte sich auch gegen alle Versuche in sozialdemokratisch regierten Ländern, die integrierte Gesamtschule durch bestimmte Vorformen auf schleichende Art und Weise als Regelschule einzuführen.

Die Diskussion im Arbeitskreis II machte weiterhin deutlich, daß ein begabungsgerechteres Schulsystem dann gefährdet wird, wenn eine einseitige Orientierung an der gymnasial-akademischen Bildung erfolgt. Deshalb muß die Hauptschule so gestaltet werden, daß sie ihren Schülern gerecht wird, die nicht von vornherein schlechter begabt, sondern anders begabt sind. Die Qualität der Hauptschule darf sich nicht daran messen, wieviel Schülerinnen und Schüler doch noch einen mittleren Abschluß erwerben, sondern danach, was sie für die Hauptschülerinnen und Hauptschüler leistet, die in das berufsbildende Schulwesen übergehen.

Für die Schule sind nach Auffassung des Arbeitskreises alle einseitig formulierten Lehrinhalte abzulehnen, deren erklärtes oder verstecktes Ziel es ist, natürliche Bindungen in Frage zu stellen, menschliches Zusammenleben überwiegend oder ausschließlich konfliktbezogen zu untersuchen und darzustellen und den Unterricht politischen Ideologien zu unterwerfen. Erziehung und Bildung müssen dem Schüler Werthaltungen vermitteln, die es ihm ermöglichen, sein Leben und sein Verhältnis zu den Mitmenschen und zu Staat und Gesellschaft verantwortlich zu gestalten. Im Sinne dieser Erziehungsziele bekannte sich der Arbeitskreis zu einer am Wohl des Kindes orientierten Pädagogik.

Es ist eine herausragende politische Aufgabe aller Verantwortlichen, sicherzustellen, daß auch die Jugendlichen der geburtenstarken Jahrgänge in unserem Bildungssystem wie auch später bei dem Eintritt in den Beruf nicht vor verschlossenen Türen stehen. Die optimale Ausgestaltung des gegliederten Schulsystems kann ein wesentlicher Beitrag zur Lösung dieser Aufgabe sein.“

Arbeitskreis III

„Die Familie — entscheidend für die Zukunft unserer Jugend“

Die Beratungen des Arbeitskreises III wurden von Staatsminister Dr. Georg Gölter geleitet. Über die Ergebnisse der Beratungen berichtete Frau Dr. Helga Wex, MdB:

„Im Arbeitskreis bestand von Anfang an Übereinstimmung darin, daß die Grundlage für die Zukunftschancen der Jugend die Familie ist; eine Familie, die imstande ist oder instand gesetzt wird, ihre Aufgabe zu erfüllen: Mitmenschlichkeit, Zuwendung und Einordnung in menschliche Gemeinschaft einzuüben. Am Ende der Diskussion wurde diese politische Schlußfolgerung gezogen: Auch die beste Jugendpolitik nützt nichts, wenn vorher die Familienpolitik versagt hat.

Familie muß wieder als Freiheits- und Gestaltungsraum und nicht als Isolierstation begriffen werden. So müssen Wirtschafts- und Finanzpolitik, Rechts- und Wohnungsbaupolitik auf ihre familienbezogenen Konsequenzen abgeklopft werden, wenn Familienpolitik nicht in einer Sackgasse enden soll. Die einzelnen politischen Teilbereiche sind stets als Handlungsfelder mit einem auch familienpolitischen Ansatz zu begreifen.

Die Kinder erfahren und lernen Gemeinschaft zuerst und unmittelbar in der Familie. Gute Familienpolitik ist vorbeugend die beste Gesellschaftspolitik. Und es gilt die alte Regel: Vorbeugen erspart leidvolle Erfahrungen und auch Kosten.

Dazu ist es notwendig, Mütter und Väter zu Kindern und Kindererziehung zu motivieren. Nicht die außerhäusliche Berufstätigkeit allein ist der Weg zur Selbstverwirklichung; Hausfrau-entätigkeit und Kindererziehung sind Berufstätigkeit und der außerhäuslichen gleichwertig.

Im Arbeitskreis wurde eindrucksvoll darauf hingewiesen, daß es ebenso auf die Motivierung der Väter ankommt, denn oft sind Väter zu bequem, in der Familie zu helfen oder Väter fehlen in der Familie wegen beruflicher Überlastung. Eine Familie aber, in der der Vater meist nicht zu Hause ist, ist in Wirklichkeit eine unvollständige Familie.

Die Förderung der frühkindlichen Erziehung und die mögliche Garantie einer Bezugsperson für das Kind gehören zu den wichtigsten Zielen der Familienpolitik. Nur so kann die Familie für das Kind einen Freiraum für Spiel, Spontaneität und Kreativität schaffen und es so auf die kritische Jugendphase vorbereiten, in der es seine Identität finden muß. Jedes Kind hat ein Recht auf seine Familie, und es darf nicht mit einer Ersatzinstitution abgespeist werden.

Die gegenwärtige deutsche Familienpolitik ist nach dem Urteil von Professor Nell-Breuning die jämmerlichste Familienpolitik aller Industrienationen. Die Folge dieser traurigen Tatsache ist ein trauriger Weltrekord: Wir haben die niedrigste Geburtenrate in der Welt.

Es bedarf massiver materieller Unterstützung der Familien. Nach unserer Ansicht würde schon die Umverteilung von 1 Prozent des Bruttosozialprodukts eine entscheidende Verbesserung des Familienlastenausgleichs ermöglichen, nämlich

- ein Erziehungsgeld in den ersten drei Jahren
- die familiengerechte Ausgestaltung des § 7 b für Alt- und Neubauten
- eine wesentliche Erhöhung des Kindergeldes ab dem 3. Kind.

Damit aber kein Mißverständnis entsteht: Freiheitliche Politik heißt nicht staatliche Vollversorgung für Kinder.

Es geht nicht allein um finanzielle Hilfen und Umverteilung. Kinder sind mehr als künftige Rentenzahler. Eine Gesellschaft ohne Kinder verlernt die Liebe.

Es geht auch deshalb nicht allein um finanzielle Hilfen, weil Umverteilung keine einzige gefährdete Ehe sicherer macht und kein einziges neurotisches Kind heilen kann; sondern es geht um eine positive Einstellung der ganzen Gesellschaft zur Familie und zur Ehe. Die aber werden wir nicht erreichen mit einem neuen Eherecht, das einseitige Kündigungsrechte mit Beschwichtigungs-floskeln verbrämt.“

Arbeitskreis IV

Solidarität zwischen den Generationen — Grundlage sozialer Sicherheit

Unter der Leitung von Heinz Franke, MdB, diskutierte der Arbeitskreis sowohl über die Perspektiven für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Generationenvertrages wie auch über die Notwendigkeit einer stärkeren Solidarität zwischen den Generationen bei der Bewältigung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktprobleme. Die Zusammenfassung der Ergebnisse durch den Berichterstatter, Ministerialdirektor Paul Harro Piazzolo, verweist unter anderem auf folgende Zusammenhänge und notwendige Maßnahmen:

„Entscheidend ist — und darüber wurde weitgehend Einigkeit erzielt —, daß diese Solidarität zwischen den Generationen sich nicht nur in finanziellen Maßnahmen erschöpfen darf, sondern

auch eine veränderte Geisteshaltung voraussetzt. Nicht alle Probleme können staatlich gelöst werden; viele sind nur durchsetzbar, wenn in der Bevölkerung eine Grundübereinstimmung über die Notwendigkeit zur Solidarität zwischen den Generationen besteht. Voraussetzung hierfür ist auch, daß in der Gesellschaft das Anspruchsdenken und das Mißverständnis von Solidarität als Gruppenegoismus abgelöst wird vom Bewußtsein der Bereitschaft zur Solidarität zwischen den Generationen.

Bei der Diskussion der Maßnahmen wurde deutlich, daß Lösungen nur im Rahmen eines Gesamtkonzepts gefunden werden können, das wirtschafts-, gesellschafts-, sozial-, finanz- und bildungspolitische Maßnahmen mit einschließt.

1. Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen:

Wirtschaftswachstum und Investitionen der Privatwirtschaft werden als unabdingbare Voraussetzung für zusätzliche Arbeitsplätze angesehen. Eine dauerhafte Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist nur dann möglich, wenn

- der Staat Steuern senkt und das wirtschaftliche Wachstum fördert, ohne die Sparsamkeit aufzugeben;
- die Wirtschaft mehr investiert;
- die Gewerkschaften sich für eine stabilitätsgerechte Lohnpolitik entscheiden.

2. Bildungspolitische Maßnahmen:

- Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze. Dies gilt auch für einzelne Bereiche der öffentlichen Hand.
- Sicherung einer beruflichen Grundbildung für alle Jugendlichen.
- Stärkere Berücksichtigung der zukünftigen Berufschancen bei der Gestaltung des Bildungswesens.

3. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im öffentlichen und privaten Sektor:

- Schaffung zusätzlicher Stellen im öffentlichen Dienst: Zusätzliche Stellen, die zu einem unvertretbar höheren finanziellen Aufwand der öffentlichen Hand führen, wurden abgelehnt. Dabei wurde berücksichtigt, daß die Einstellung von zusätzlichen Bewerbern keineswegs nur ein beschäftigungspolitisches Problem ist, sondern die Frage der Dienstrechtsreform ebenso berührt wie die Frage der finanziellen Folgelasten. Öffentliche Haushalte dürfen dadurch nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden.

- Erweiterung der Teilzeitbeschäftigung.

- Herabsetzung der Altersgrenze: Durch die Herabsetzung der Altersgrenze, schrittweise auf 60 Jahre, kann eine zusätzliche Möglichkeit geschaffen werden, weiteren Nachwuchs einzustellen.

- Einfrieren oder Senkung der Ausbildungsvergütung und der Anwärterbezüge, um so mit den gleichen finanziellen Mitteln mehr Jugendliche ausbilden zu können.

- Erörtert wurden außerdem folgende Maßnahmen, die allerdings noch näher geprüft werden müssen: Abflachung des Einkommenszuwachses im oberen Besoldungsbereich, niedrigere Einstufung freiwerdender Stellen, Reduzierung der Besoldungssteigerung nach Dienstaltersstufen, Durchforstung des Zulage- und Beihilfesystems.

Ein tiefer Eingriff in die bisherigen Strukturen des öffentlichen Dienstes erfordert jedoch nach übereinstimmender Auffassung eine Abstimmung mit dem Vorgehen in der Privatwirtschaft. Dem öffentlichen Dienst kann allein kein Sonderopfer zur Finanzierung von Dienstleistungen auferlegt werden, die der Gesellschaft insgesamt zugute kommen.“

Arbeitskreis V

„Verantwortung und Freiheit — Ziele unserer Jugendpolitik“

Über die Ergebnisse dieses Arbeitskreises, der von Matthias Wissmann, MdB, geleitet wurde, führte Hermann Kroll-Schlüter, MdB, in seinem Bericht unter anderem folgendes aus:

„Eine lebhaft und sachkundige Diskussion brachte folgende Ergebnisse:

Jugendpolitik ist Gesellschaftspolitik für junge Menschen. Sie hat sich daher am Menschen, seiner Würde, seiner Freiheit, seinen Fähigkeiten und seinen Bedürfnissen zu orientieren. Im Mittelpunkt der Jugendpolitik steht der junge Mensch selbst.

Familie, Schule, Beruf und außerschulische Jugendarbeit sind die wesentlichen Bereiche für die Erziehung und Bildung des jungen Menschen. Ihrer gegenwärtigen Gefährdung durch zu starke staatliche Reglementierung muß begegnet werden durch die Förderung der schöpferischen Kräfte des einzelnen zu Eigenverantwortung und Solidarität.

Die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit sind verheerend: Mangelndes Selbstvertrauen, Verlust sozialer Bindungen, Staatsverdrossenheit.

Hier ist Jugendarbeit gefordert; wodurch?

— Sie bietet ein offenes Erziehungs- und Bildungsfeld, um die Voraussetzungen für soziales Lernen in Gruppen zu schaffen. Hier findet der Jugendliche Rückhalt und Selbstbestätigung; hier lernt er andere verstehen und Konflikte zu bewältigen.

— Auch die modellartigen Tätigkeiten der freien Träger verdienen nachhaltige Unterstützung. Ihre Erfahrung und Flexibilität als Voraussetzung für bedürfnis- und zeitgerechtes Handeln sollten nicht durch fragwürdige Experimente des Staates gefährdet werden.

— Die Finanzlage der öffentlichen Haushalte wird auch als Grund dafür angeführt, daß das seit Jahren angekündigte Jugendhilfegesetz bisher nicht eingebracht wurde. Doch Vorbeugen ist besser als Heilen; eine verbesserte Jugendhilfe ist eine sinnvolle Zukunftsinvestition, durch sie wird Geld gespart.

— Die außerschulische Jugendarbeit mit ihrem hohen erziehungs- und bildungspolitischen Rang verlangt, daß sie auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wird. Es wurde nachhaltig betont, daß das ehrenamtliche Engagement unverzichtbar ist.

— Jugendarbeit ist mehr als „bloße Ausfallbürgschaft“. Wir wollen Förderung auch durch Forderung an die junge Generation.“

„Jetzt muß gehandelt werden“

Der Vorsitzende des Bundesausschusses Kulturpolitik, der saarländische Kultusminister Werner Scherer, warnte in seiner Rede auf der Abschlußveranstaltung des Kongresses vor einer falschen Zuordnung der Verantwortlichkeit bei der Lösung der anstehenden Probleme. Er sagte unter anderem:

„Es ist an der Zeit, unmißverständlich klarzumachen, daß die Bildungspolitik sich nicht als Reparaturkolonne zur Überpinselung schwerer wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Fehler der Bundesregierung verstehen kann. Die langjährigen Wachstumsverluste, die wir u. a. der souveränen Mißachtung marktwirtschaftlicher Spielregeln durch diese Bundesregierung verdanken, haben nicht nur die finanziellen Ressourcen für eine vernünftige Bildungsreform beeinträchtigt, sondern auch die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze verhindert. Diese Tatsachen müssen erst wieder zurechtgerückt werden, damit nicht in Verwechslung von

Ursache und Wirkung die Verantwortlichkeiten und damit auch die Zuständigkeiten für das, was jetzt zu tun ist, verschleiert werden.

Angesichts dieser für Hunderttausende von Jugendlichen buchstäblich existenziellen Fragen können wir uns nicht mit Lösungsvorschlägen begnügen, deren Wirklichkeitshorizont in den Jahren 1990 und 2000 zu suchen ist. Es ist dies keine Aufbruchzeit für neue reformerische Höhenflüge und den Entwurf neuer Gesamtpläne. Gefragt sind Maßnahmen, die unverzüglich Abhilfe erwarten lassen. Denn bereits in diesem Jahr sind wir erstmals konfrontiert mit einem dieser geburtenstarken Jahrgänge, und angesichts sprunghaft wachsender Angebotsprobleme dürfte sehr bald die allgemeine Erkenntnis wachsen, daß die bisherige, überwiegend rezessionsbedingte Jugendarbeitslosigkeit nicht zu vergleichen ist mit der neuen Dimension von Ausbildungslosigkeit und Arbeitslosigkeit, die droht, wenn nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Es fällt auf, daß in dieser Situation immer häufiger als erstes die Forderung nach einer besseren Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem erhoben wird, und zwar mit einem unüberhörbar vorwurfsvollen Unterton an die Adresse der Bildungspolitik. So entsteht der Eindruck, als ob sich Bildungspolitiker und Arbeitsmarktspezialisten nur lange genug an einen Tisch setzen müßten, um die Ungleichgewichte innerhalb des Bildungssystems sowie zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem zu beseitigen.

Es liegt mir daran klarzumachen, daß eine bessere Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem zwar in vielen Bereichen wünschenswert, ja sogar notwendig ist, dieses Anliegen aber zur Lösung der aktuellen Probleme nur wenig beitragen kann. Wir als CDU/CSU haben stets davor gewarnt, in der Bildungspolitik die Bedarfsfrage zu tabuisieren. Das Bildungssystem war und ist für uns als CDU/CSU kein autonomer Bereich, und im Gegensatz zu anderen haben wir es nicht an Hinweisen darauf fehlen lassen, daß jede Qualifikation auch mit dem Risiko ihrer beruflichen Verwertbarkeit belastet ist. Diese Haltung entspringt unserem Verständnis von verantworteter Freiheitlichkeit bei der Gestaltung des persönlichen und öffentlichen Lebens.“

„Generationenkonflikt —

Neue Dimension gesellschaftlicher Auseinandersetzung?“

Zu dieser für das letzte Viertel dieses Jahrhunderts grundlegenden gesellschaftspolitischen Fragestellung führte der Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler, in seiner Schlußansprache u. a. folgendes aus:

„150 Jahre lang, seit Beginn der Industrialisierung, stand die Gesellschaftspolitik im Bann des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit. Ihre Dimension war bestimmt und begrenzt durch die alte soziale Frage.

Diese Sozial- und Gesellschaftspolitik war — alles in allem — sehr erfolgreich. Auf der Basis und als Folge dieses Erfolges haben sich neue Fragen, ungelöste Konflikte, veränderte Interessenlagen in den Vordergrund geschoben. Diese ergeben sich insbesondere aus der Spannung zwischen organisierbaren und nichtorganisierbaren Interessen und aus der strukturellen Benachteiligung der letzteren, also der nichtorganisierbaren Interessen. Sie sind unterprivilegiert im pluralistischen Austausch und führen deshalb zu einer neuen Armut. Wir haben freilich nie gesagt, daß die Neue Soziale Frage nur auf Minderheiten und Randgruppen verweist. Die strukturell Benachteiligten sind durchaus auch Mehrheitsinteressen. Dies wird nirgendwo deutlicher als bei jener Folge der Neuen Sozialen Frage, die wir heute hier gemeinsam diskutieren: dem Generationenkonflikt.

Dieser Generationenvertrag ist nun schon für die nahe Zukunft in Gefahr. An die Stelle des Konfliktes zwischen Klassen tritt immer mehr, wenn auch noch unbemerkt, aber mit eingebauter Zeitzündung, der Konflikt zwischen den Generationen. Nicht mehr die eine Klasse lebt auf Kosten der anderen, sondern die gegenwärtige Generation lebt auf Kosten der künftigen.

Dies ist eine dramatische Entwicklung! Sie unterhöhlt die Grundlagen unserer sozialen Stabilität. Diese beruht darauf, daß jede Generation nicht nur für sich selbst sorgt, nicht nur an sich selbst denkt, sondern auch Opfer für die Zukunft bringt, konkret: daß sie auf möglichen Konsum verzichtet, um für die Zukunft, für die nachfolgende Generation zu investieren.

„Solidarität der Generationen“ haben wir bisher immer gedacht als Solidarität der Aktiven mit den Rentnern, der „Jungen“ mit den „Alten“. Heute — in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit — müssen wir fragen, ob die gleiche Solidarität nicht von uns erfordert, dem älteren Arbeitnehmer die Chance zu eröffnen, früher in Rente zu gehen. Entspricht es nicht der Solidarität der Generationen, wenn der Staat ermöglicht und der einzelne die Chance ergreift, z. B. freiwillig ein Jahr früher den Arbeitsplatz zu verlassen und dafür 5 % weniger Rente zu beziehen? Diese Idee lag unserem Vorschlag der flexiblen Altersgrenze zugrunde.

Das Volkseinkommen wird immer mehr, sei es vom Staat, sei es von den Tarifpartnern, für aktuelle Ansprüche der Gegenwart umverteilt. Gut schneiden dabei ab die organisierbaren, vor allem die tariffähigen Interessen. Die Belange der nach uns Kommenden bleiben draußen vor der Tür. Zugespitzt formuliert: Wir lösen den Klassenkonflikt und schaffen den Generationenkonflikt.

Daß der Generationenvertrag in einen Generationenkonflikt umzuschlagen droht, liegt aber auch — und dies ist eine weitere Ursache — an der Entwicklung der Bevölkerung. In einem Zeitraum von nur zehn Jahren, von Mitte der 60er Jahre bis Mitte der 70er Jahre, nahm die Zahl der Neugeborenen um über 40 % ab.

Für diesen Geburtenrückgang spielen demographische Einflüsse wie z. B. Altersaufbau oder Heiratshäufigkeit nur eine untergeordnete Rolle. Der entscheidende Grund: Die Familien haben weniger Kinder als früher. Die Bevölkerung schrumpft nicht, weil die Ehepaare sich keine Kinder wünschen, sondern weil sie ihren Kinderwunsch nicht in vollem Umfang realisieren (können).

Setzt sich die Entwicklung fort — und wird sie nicht durch eine stärkere Einwanderungswelle ausgeglichen — dann geht die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 1990 — um ca. 3 Millionen — auf 55, im Jahr 2000 auf 52, im Jahr 2030, also gut in 50 Jahren, auf 39 Millionen zurück: Das sind weniger Einwohner als 1939. Der gegenwärtige Tiefstand in der Geburtenhäufigkeit ist in der Bevölkerungsgeschichte einmalig, sieht man einmal von Kriegen und Seuchen ab.“

Wie der Parteivorsitzende dem Hamburger Kongreß bereits angekündigt hat, wird die CDU in den kommenden Wochen auf der Grundlage der Beratungen und Ergebnisse des Kongresses ein Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend erarbeiten. Dieses Programm wird in den zuständigen Parteigremien der CDU beraten und beschlossen und dann durch entsprechende Initiativen in Bundestag und Landtag verwirklicht werden.